

(Beifall bei der AfD)

Bei mittlerweile vierfachem Düngemittelpreis bekommt die Gülle ihr altes gutes Recht zurück. Blühstreifen, Grünland und Weidehaltung können so lange warten, bis wir wissen, ob wir das eigene Volk überhaupt noch von unserer Scholle ernähren können. Das sind die Fakten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ja irre! – Weitere Zurufe)

Denen sollten Sie als Regierungspartei sich widmen.

Ihren Dringlichkeitsantrag lehnen wir ab und geben Ihnen die Chance, unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der AfD-Redner gerade die Position seiner Fraktion deutlich gemacht hat – Brot nicht für die Welt, sondern für Deutschland – und der Redner der CSU eine Generalabrechnung mit der Entwicklungspolitik, auch der im Bund der letzten Jahre, für die die CSU zuständig war, wie gewohnt – wir kennen das aus dem Europaausschuss – vorgebracht hat, gestatten Sie mir, in drei Minuten kurz zu erklären, worum es tatsächlich geht.

Der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg nicht nur gegen das ukrainische Volk, sondern gegen die ganze Welt, gegen die Demokratie, gegen die Freiheit, gegen die Menschenrechte. Leider benutzt Putin auch den Hunger als Kriegswaffe mit dem Ergebnis, dass die Kornkammer der Welt kein Getreide mehr liefern kann. Die Ernte in der Ukraine fällt aus. Das hat viele Gründe. Die Landwirte sind selbst im Krieg als Soldaten. Die Böden funktionieren nicht mehr, weil sie beschädigt sind. Viele Landwirte sind geflüchtet. Das bisschen, was noch an Getreide gewonnen werden konnte, kann nicht ausgeliefert werden, weil die Häfen zu sind, weil Putin die Häfen beherrscht. Der Treibstoff wird teurer. Der Dünger wird teurer. Das Tierfutter wird teurer. Die Leidtragenden sind nicht nur die Ukrainerinnen und Ukrainer selbst, sondern insbesondere auch die ärmsten Länder in Afrika, im Mittleren und im Nahen Osten. Der Libanon ist zu 90 % von Getreide aus der Ukraine abhängig, genauso wie beispielsweise Eritrea und Somalia.

Die EU hat reagiert und ihre Nachhaltigkeitsstrategie "Farm to Fork" zumindest zeitlich verzögert. Brachen, die bisher für Biodiversität genutzt werden sollten, werden jetzt wieder als Äcker verwendet. Auch die Bundesrepublik hat reagiert. Olaf Scholz hat 430 Millionen Euro für das Welternährungsprogramm angekündigt. – Herr Steiner sagt, das braucht es nicht, das nützt nichts. – Ich bin der festen Überzeugung: Bei 800 Millionen Hungernden weltweit wird dieses Geld gerade jetzt dringend benötigt. Ich bin auch Frau Schulze, der Bundesentwicklungsministerin, sehr dankbar, dass sie ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit schmiedet, um die Themen auf internationaler Ebene zu erörtern und in etwas differenzierterer Art und Weise darzustellen, als das gerade hier geschehen ist. Es braucht vor allen Dingen auch eine Veränderung des Agrar- und Ernährungssystems weltweit; denn wie bereits 2008 bei der Explosion der Preise stellt sich jetzt heraus, dass dieses System nicht resilient ist.

Worüber müssten wir also diskutieren? – Zum Beispiel über den Verzicht auf Biokraftstoffe, weil "Bio" im Moment nicht in den Tank gehört, sondern bei der Knappheit auf den Teller. Wir müssten darüber reden, die Fleischproduktion weltweit zu

senken, weil über 50 % der Getreideproduktion an das Tier gehen, nicht an den Menschen. Wir müssten darüber reden, wie wir die Spekulation mit Lebensmitteln stärker in den Griff bekommen können. Nach den Lebensmittelspekulationen von 2008 hat man angekündigt, die Warenterminmärkte stärker an die Kandare zu nehmen. Das ist leider nicht geschehen. Wir müssten darüber reden, wie wir es verhindern können, dass Lebensmittel verschwendet werden, auch in unserem Land. 500.000 Tonnen Brot werden in Deutschland jedes Jahr weggeworfen. – Das sind die Themen.

Auch Bayern könnte im Übrigen etwas tun, Herr Steiner. Das haben Sie weggelassen. Wir haben Partnerländer – Senegal, Äthiopien –, die gerade jetzt unsere Hilfe brauchen. Da wären bayerische Hilfe und Edukation, meinetwegen aber auch Finanzmittel notwendig. – Meine Redezeit geht zu Ende, zeigt mir Frau Dr. Strohmayer an.

In jedem Fall muss das Thema sein, Hunger und Armut im Zusammenhang mit Klimagerechtigkeit und Biodiversität zu bekämpfen. Das ist das Konzept der Bundesregierung. Das war im Übrigen bereits das Konzept von Entwicklungsminister Müller. Herr Steiner, das war ein richtiges Konzept. Ich distanzieren mich nicht von Ihrem Entwicklungsminister, wie Sie es getan haben. Da Ihr Antrag eine Spur vernünftiger und differenzierter war als Ihre Rede, werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Der nächste Redner ist der Kollege Hep Monatzeder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hep Monatzeder (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Alle zehn Sekunden verhungert ein Kind unter fünf Jahren in Afrika. Diesem Massensterben begegnet die Welt seit Jahren mit eisiger Gleichgültigkeit; denn struktureller Hunger erregt äußerst wenig Aufsehen. Von allen Menschenrechten ist das Recht auf Nahrung dasjenige, welches auf unserem Planeten sicherlich am häufigsten, am zynischsten und am brutalsten verletzt wird.

Konjunktureller Hunger springt hingegen sofort ins Auge. "Breaking News" ist das Stichwort. Er bricht plötzlich aus, wenn sich eine Naturkatastrophe ereignet, eine Region von Heuschrecken, Trockenheit oder Überschwemmung verwüstet wird oder wenn ein Krieg wie jetzt in der Ukraine dazu führt, dass die Menschen nicht mehr mit Nahrungsmitteln versorgt werden.

Gegen akute Hungerkrisen muss effektive Nothilfe her. Da sind wir uns einig. Dazu braucht das unterfinanzierte UN-Welternährungsprogramm kurz- und langfristig mehr Geld. Sehr effiziente Maßnahmen, um die Nahrungsmittelpreise kurzfristig zu stabilisieren, wären auch weniger Verwendung von Getreide für Treibstoff oder Futtermittel und nicht zuletzt weniger Verschwendung von Lebensmitteln hier im globalen Norden. Weltweite Ernährungssicherheit muss Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn also nun die CSU "Afrika nicht aus den Augen verlieren, Hunger in Afrika wirksam bekämpfen" fordert, so ist daran auf den ersten Blick nichts falsch. Wenn ich mir Ihren Antrag anschau, dann sehe ich auch einige gute Ansätze. Denke ich aber an Ihre Rolle in den letzten 15 oder 20 Jahren auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, dann habe ich meine Bedenken; denn mir fehlen der globale Kontext und die Eigenverantwortung. Wenn Sie sich hinstellen und einfach nur lokale Produktion von Nahrungsmitteln fordern, dann haben Sie das Programm in seiner Tragweite leider nicht begriffen. Herr Steiner, das sind auch die Gründe,